

LANDTAGSKLUB DER TIROLER VOLKSPARTEI
FRITZKLUB IM TIROLER LANDTAG
KLUB SOZIALDEMOKRATISCHER ABGEORDNETER ZUM TIROLER LANDTAG
LANDTAGSKLUB DER FPÖ TIROL
GRÜNER KLUB IM LANDTAG

Initiative gegen die Schließung von Postämtern in Tirol

A N T R A G

der Abg. KO Geisler, LA Dinkhauser, KO Pechlaner, KO Mag. Hauser, KO Willi u.a.

betreffend **geplante Schließung von Postämtern in Tirol**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

A n t r a g:

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Tiroler Landtag fordert die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass postalische Dienstleistungen auch zukünftig im gesamten Bundes- bzw. Landesgebiet im bisherigen Umfang durch die Österreichische Post AG gewährleistet sind.

Der Tiroler Landtag hält die kolportierten Rationalisierungspläne der Post AG für unzumutbar.

Der Tiroler Landtag unterstützt die bereits laufenden Bemühungen des Landeshauptmannes von Tirol sowie die der Bundesregierung zur Verhinderung der auch Tirol betreffenden Rationalisierungspläne der Österreichischen Post AG.“

B e g r ü n d u n g:

Bereits mit Entschließung des Tiroler Landtages vom 11. Oktober 2007 wurde die Landesregierung aufgefordert, in Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Post AG zu treten, um sicherzustellen, dass postalische Dienstleistungen in Tirol auch weiterhin im Einzugsgebiet der jeweiligen Postämter auch unter Berücksichtigung der gesamten Nahversorgung bestmöglich und auf Dauer aufrecht erhalten bleiben.

Der nunmehr kolportierte neuerliche Sparplan der Post AG umfasst folgende drei Punkte:

- das Ersetzen von rund 1000 der insgesamt 1.300 Postämter in ganz Österreich durch Postpartner (Postschalter in Tankstellen oder Supermärkten) bis 2015,
- die teilweise Auslagerung der Briefzustellung an andere Firmen,
- sowie den Abbau von 9.000 der insgesamt 25.800 MitarbeiterInnen.

Allein für Tirol ist die Kündigung von bis zu 1000 Postbediensteten und die Schließung von weiteren 25 Postämtern und Zustellbasen geplant.

Bereits seit dem Jahr 2002 sind rund 80 Postämter in Tiroler Gemeinden geschlossen bzw. zu Postpartnern umgewandelt worden. Ca. 700 Dienststellen wurden abgebaut. Im Zuge dieser Rationalisierungsmaßnahmen kam es 2004 zu einer verbindlichen Zusage seitens des Bundes an die Landespolitik, keine weiteren Postämter in Tirol zu schließen.

Gerade in der jetzigen Zeit wären die Auswirkungen der nunmehr geplanten weiteren Rationalisierungsmaßnahmen nicht nur auf die betroffenen Menschen, sondern auch auf die Wirtschaft, auf den Tourismus und die bereits geschwächte Infrastruktur der Dörfer dramatisch. Umso wichtiger ist daher zum jetzigen Zeitpunkt das klare Bekenntnis der Tiroler Landespolitik zum Erhalt der bestehenden Postämter und der damit verbundenen Arbeitsplätze.

Da das Unternehmen im ersten Halbjahr 2008 einen Umsatz von EUR 1,2 Milliarden getätigt hat, besteht keinerlei monetäre Notwendigkeiten für diesen dramatischen Personalabbau.

Nachdem es die Post AG bisher unterlassen hat, mit dem Land Tirol konkrete Gespräche hinsichtlich der auch Tirol betreffenden Einsparungsmaßnahmen zu führen, ist es daher unerlässlich, so rasch wie möglich durch konkrete Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Post AG und mit den zuständigen Bundesbehörden sicherzustellen, dass postalische Dienstleistungen auch zukünftig im gesamten Einzugsgebiet im bisherigen Umfang gewährleistet sind.

Dieser „bisherige Umfang“ ist nebenbei auch gesetzlich in der Post-Universaldienst-Verordnung geregelt – im gesamten Bundesgebiet ist schließlich die flächendeckende(!) Versorgung verbindlich zu gewährleisten!

Innsbruck, 11. November 2008